

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Februar 2024

1. Regional
2. Nicaragua
3. El Salvador
4. Guatemala
5. Honduras

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Zentralamerikanische Beziehungen: Am 4. Februar, dem Wahltag in El Salvador, erklärte sich Nayib Bukele weniger als zwei Stunden nach Schließung der Wahllokale zum Sieger der Präsidentschaftswahlen. Auch die Staatschefs der Region haben ihm frühzeitig gratuliert, obwohl es noch keine vorläufigen Ergebnisse gab. Bernardo Arévalo, Präsident von Guatemala, veröffentlichte auf sozialen Medien, dass "[das salvadorianische Volk gewählt hatte](#)". Auch Xiomara Castro, Präsidentin von Honduras, gratulierte Bukele in einem Tweet, in dem sie sein "[Engagement für die Sicherheit des salvadorianischen Volkes](#)" lobte. Am folgenden Tag veröffentlichte die nicaraguanische Regierung ein Statement, in dem sie den salvadorianischen Politiker als "[Bruder Präsident](#)" bezeichnete.

in der nicaraguanischen Botschaft in Panama Asyl, um einer Strafe von 10 Jahren Gefängnis wegen Geldwäsche und einer Geldstrafe von mehr als 19 Millionen Dollar zu entgehen. Die nicaraguanische Regierung gewährte ihm sofort Asyl. Die panamaische Justiz weigerte sich jedoch, ihm zu erlauben, die Botschaft zu verlassen und nach Nicaragua zu reisen, und ermittelte einen Haftbefehl.

Martinelli ist derzeit Präsidentschaftskandidat seiner Partei Realizando Metas (RM) und führt von der Botschaft aus weiterhin den Wahlkampf. Martinelli ist nicht der erste wegen Korruption angeklagte oder verurteilte Politiker, der unter der Regierung von Daniel Ortega und Rosario Murillo Zuflucht in Nicaragua gefunden hat. In den letzten Jahren hat Nicaragua auch zwei ehemaligen salvadorianischen Präsidenten, die wegen Korruptionsdelikten angeklagt waren, Mauricio Funes und Salvador Sánchez Cerén, Asyl gewährt. Da beide nun nicaraguanische Staatsbürger sind, können sie nicht ausgeliefert werden. Die nicaraguanische Regierung bot vor einigen Jahren ursprünglich auch dem ehemaligen honduranischen Präsidenten Juan Orlando Hernández Asyl an, der dieses Angebot jedoch ablehnte und nun wegen Drogenhandels in den Vereinigten Staaten vor Gericht steht.

Korruption: Alle Länder der zentralamerikanischen Region mit Ausnahme Costa Ricas sind im Korruptionswahrnehmungsindex 2023, einem jährlichen Bericht des RTZA-Mitglieds Transparency International, zurückgefallen oder haben ihre Positionen gehalten. Im Fall von Nicaragua, El Salvador und Guatemala warnt der Bericht vor der extremen Kooptation von Richtern und Staatsanwälten und der Verfolgung einer unabhängigen Justiz. Er betont auch, dass in El Salvador und Guatemala die kooptierte Justiz dazu benutzt wurde, die Wahlprozesse der letzten Monate zu manipulieren.

2. Nicaragua

Film: Im April 2024 wird der Film "Ein Traum von Revolution" veröffentlicht und in Kinos in verschiedenen deutschen Städten gezeigt. Der Film über die sandinistische Revolution erzählt die Geschichte der deutschen Nicaragua-Hilfe und stellt die aktuelle Repression unter Daniel Ortega dar. Die Regisseurin Petra Hoffmann war selbst vor Ort als Brigadistin

(01.05.-08.05.) und wuppertal (09.04.). weitere Termine werden über diesen Infoverteiler angekündigt. [Zu weiteren Informationen.](#)

Internationale Justiz: Die nicaraguanische Regierung [beantragte offiziell Anfang Februar](#) beim Internationalen Gerichtshof (IGH) die Ermächtigung, in dem von Südafrika gegen Israel angestregten Verfahren wegen mutmaßlicher Verstöße gegen die UN-Völkermordkonvention in Gaza einzugreifen. Nicaragua stellt seinen Antrag durch einen Interventionsmechanismus gemäß Artikel 62 der Satzung des Gerichtshofs, der vorsieht, dass ein Drittstaat einen Antrag auf Intervention in einer Rechtssache stellen kann, wenn er ein rechtliches Interesse hat, das von dem Urteil des Gerichtshofs betroffen werden kann. Es ist noch unklar, [worin besagtes Interesse besteht](#). In der Vergangenheit hat der IGH eine solche Intervention nur selten erlaubt.

Politische Gefangene: Die Prozesse gegen politische Gefangene des Ortega-Murillo-Regimes [werden seit einigen Monaten nur noch per Videoanruf durchgeführt](#). Dabei sitzen sie im Gefängnis und haben keinen Zugang zu ihren Anwält*innen. Unter anderem wurde der ehemalige Philosophieprofessor Freddy Quezada per Zoom [wegen Volksverhetzung verurteilt](#). Er wurde im November verhaftet, [nachdem er auf den sozialen Medien das Vorgehen der nicaraguanischen Regierung mit Bischof Rolando Álvarez kritisiert hatte](#).

Verfolgung von Umweltverteidiger*innen: Ein nicaraguanisches Gericht [verurteilte im Februar fünf indigene Förster des Mayangna-Volkes zu 22 Jahren Gefängnis](#). Sie wurden als Anführer krimineller Organisationen beschuldigt, [sind aber in der Region als Umweltschützer bekannt](#). In den letzten Monaten gab es darüber hinaus Berichte über [zunehmenden Druck und Angriffe durch eindringende Colonos \(Landinvasoren\)](#), die versuchen, die Mayangna-Bevölkerung zu vertreiben, um ihr Land zu besetzen.

3. El Salvador

Präsidentschaftswahl erst eine und der legislativen Wahl erst zwei Wochen nach dem Wahlsonntag vor. Nayib Bukele erklärte sich jedoch nur anderthalb Stunden nach Schließung der Wahllokale zum Sieger und hielt am Abend eine Rede im Nationalpalast im historischen Stadtzentrum von San Salvador. Er erklärte, dass El Salvador das "erste demokratische Einparteiensystem der Welt" werden würde und verbrachte einen Großteil der Rede damit, die unabhängige Presse anzugreifen.

Die Ergebnisse bestätigten die verfassungswidrige Wiederwahl von Bukele mit 82 % der Stimmen und sprachen Nuevas Ideas 54 der 60 Sitze im Kongress zu. Die Opposition erhielt nur sechs Sitze, und zwar für die rechtskonservativen Parteien ARENA, VAMOS, PCN und PDC. Die beiden letztgenannten Parteien waren in der letzten Legislaturperiode informell mit der Partei von Bukele verbündet und agierten als Koalition. Die FMLN-Partei wurde zum ersten Mal seit den Wahlen nach dem Ende des Krieges im Jahr 1994 nicht in den Kongress gewählt. Somit wird die Linke aus der Gesetzgebung für die kommende Legislaturperiode herausgehalten.

Wahlauszählungsprozess: Die unabhängige Presse sowie internationale Beobachter*innen aus verschiedenen Organisationen wiesen auf schwerwiegende logistische und technische Probleme sowie auf eindeutige Aktionen hin, die darauf abzielten, die Wahlergebnisse der Partei "Neue Ideen" zu beeinflussen und sogar Wahlbetrug zu begehen. In der Nacht fiel das elektronische Stimmenauszählungssystem massiv aus, so dass die Auszählung per Hand erfolgen musste und vom Obersten Wahlgericht für gescheitert erklärt wurde. Das Wahlgericht hat auch eine Wiederholung der Auszählung verordnet.

Im Laufe der darauffolgenden Woche häuften sich die Berichte über Unregelmäßigkeiten sowie über konstante Einschüchterung der Wahlhelfer*innen, internationalen Beobachter*innen und Journalist*innen. Nach der offiziellen Bekanntgabe der Ergebnisse, forderte ein Bündnis von Mitte-Rechts-Oppositionsparteien, darunter ARENA und Vamos, formell die Nichtigkeit der Wahlen. Parallel dazu stellte die FMLN denselben Antrag. Die Präsidentin des Wahlgerichts, Dora Esmeralda Martínez, bekräftigte noch am selben Tag auf einer Pressekonferenz, dass das Verfahren mit "absoluter Transparenz" durchgeführt worden sei. Die Kommunalwahl wird am 3. März so wie geplant stattfinden.

Internationale Reaktionen zur Wahl: Im Gegensatz zu anderen Regierungen gratulierte Deutschland Nayib Bukele nicht, als er sich ohne offizielle Ergebnisse und inmitten massiver technischer Mängel im Wahlsystem zum Sieger der Wahl erklärte. Am 5. Februar,

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▾](#)[RSS](#)

abgeschlossen sei und dass eine offizielle Nachricht an Bukele erst nach dem endgültigen Ergebnis erfolgen werde. Außerdem forderten sie Bukele auf, im Rahmen seiner Sicherheitspolitik die Menschenrechte zu achten.

Dies steht im Gegensatz zu den Reaktionen von Regierungen wie den Vereinigten Staaten, die am 5. Februar eine von Außenminister Anthony J. Blinken unterzeichnete Erklärung veröffentlichten, in der sie den Wahlsieg von Bukele anerkannten und zur Zusammenarbeit aufriefen. Auch der außenpolitische Sprecher der Europäischen Union (EU), Peter Stano, erklärte, die Wahlen hätten "ein klares Ergebnis" gebracht.

Tod eines politischen Gefangenen: Alejandro Muyshondt, ehemaliger Sicherheitsberater von Nayib Bukele, starb am 7. Februar 2024 in staatlichem Gewahrsam. Das Institut für Rechtsmedizin, das als vorläufige Ursache ein "Lungenödem" angab, verwies auf gesundheitliche Probleme, die er seit einem Schlaganfall hatte, der ihn Ende 2023 sprach- und bewegungsunfähig gemacht hatte. Muyshondts Mutter und ihr Anwaltsteam behaupteten in einer Pressekonferenz, dass Muyshondts Körper Folterspuren - Blutergüsse und Löcher - aufweist. Darüber hinaus behaupten sie, dass Muyshondts Krankenakte im Krankenhaus fehlt. Durchgesickerte Fotos der Leiche zeigten auch Narben von einer Kraniotomie.

Muyshondt wurde im August 2023 verhaftet und von Präsident Bukele selbst beschuldigt, ein "Doppelagent" zu sein, der angeblich für den ehemaligen Präsidenten Mauricio Funes gearbeitet und geheime Informationen an Journalist*innen und internationale Organisationen weitergegeben haben sollte. Die Anschuldigung war eine Reaktion darauf, dass Muyshondt wiederum Anschuldigungen gegen einen Abgeordneten von Nuevas Ideas, der Partei des Präsidenten, erhoben hatte, den er mit Drogenhandel in Verbindung brachte.

Bericht: Das RTZA-Mitglied Amnesty International hat im Dezember einen Bericht zur Menschenrechtsslage in El Salvador veröffentlicht. Der Bericht basiert auf drei Untersuchungsmissionen und 83 Interviews mit Zeug*innen und Betroffenen und bestätigt, dass die salvadorianischen Behörden im Rahmen des Ausnahmezustands seit 21 Monaten ununterbrochen die Grundrechte eingeschränkt und verletzt haben. Nun ist der Bericht in die deutsche Sprache veröffentlicht worden. [Hinter dem Schleier der Popularität \(ai-el-salvador.de\)](#)

4. Guatemala

Arévalo in Europa: Präsident Bernardo Arévalo reiste vom 15. Bis 24. Februar nach Europa und war in Spanien, Frankreich, Belgien, der Schweiz und Deutschland zu Gast. Zu Beginn seiner Reise nahm er an Arbeitsgruppen zur Korruptionsbekämpfung und Migration an der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) teil. Bei der Konferenz traf er sich mit Bundeskanzler Olaf Scholz sowie mit dem ukrainischen Staatschef Wolodymyr Selenskyj und dem israelischen Präsidenten Isaac Herzog. In Brüssel unterschrieben Arévalo und der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell ein Memorandum für einen regelmäßigen Dialog über verschiedene Themen der Zusammenarbeit. In Genf hatte Arévalo ein Treffen mit den UN-Kommissaren für Menschenrechte, Volker Türk, und für Flüchtlinge, Filippo Grandi, zum Thema Menschenrechte und Migration.

Pressefreiheit: Am 31. Januar entschied ein guatemaltekisches Gericht im Fall der Nickelmine Solway zugunsten des Maya Q'eqchi Journalisten und Menschenrechtsverteidigers Carlos Choc und drei Fischern. Choc schreibt für das unabhängige Medienkollektiv Prensa Comunitaria. Seit Jahren ist er wegen seiner Arbeit in der Gemeinde El Estor, Izabal, im Zusammenhang mit den Aktivitäten des russisch-schweizerischen Bergbauunternehmens Solway Investment Group ständigen Angriffen und Kriminalisierungen ausgesetzt. Mit dem Urteil wird das Strafverfahren eingestellt.

Am selben Tag verurteilte ein Gericht drei Polizist*innen wegen Amtsmissbrauchs, weil sie Norma Sancir, eine Journalistin, die 2014 über einen Protest berichtete, mehrere Tage lang festgehalten hatten. Obwohl sie sich eindeutig als Journalistin zu erkennen gegeben hatte, beschuldigten die Polizeibeamten sie, Teil des Protests zu sein, und sie wurde wegen Körperverletzung, Störung der öffentlichen Ordnung und Angriff auf Beamte angeklagt. Nach einem neunjährigen Prozess wurde einer der Polizisten zu drei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt, die beiden anderen Beamtinnen zu zwei Jahren und sechs Monaten. Der Richter gewährte allen dreien eine Bewährungsstrafe.

Kooptierte Justiz: Als Reaktion auf die diplomatischen Sanktionen der EU gegen den engen Kreis von Consuelo Porras hat die Generalstaatsanwaltschaft ein Statement mit der Drohung veröffentlicht, über das Zentralamerikanische Integrationssystem (SICA) einseitig

der Staatsanwaltschaft. verschiedene Experten erklärten, es gebe keinen Präzedenzfall und keine Grundlage für die Absicht der Generalstaatsanwaltschaft, SICA auf diese Weise zu nutzen.

Veranstaltungen in Bern: Das [Guatemalanetz Bern](#), RTZA-Mitglied, lädt zu zwei spannenden Abendveranstaltungen zu Guatemala ein. Am 29. Februar um 18:30 Uhr findet eine Diskussion zum Thema "[Mit Vielfalt gegen Hunger - Die Bedeutung der Agrarökologie für das Recht auf Nahrung](#)" im PROGR (Speichergasse 4, Bern) statt. Mit Inés Pérez, Koordinatorin des Landesprogrammes Guatemala von Fastenaktion, und Dr. Albrecht Ehrensperge aus der Uni Bern.

Am 9. März um 18 Uhr findet [eine Filmvorführung mit einem anschließenden Gespräch mit Bernardo Caal Xol](#), Lehrer und Gewerkschafter aus Alta Verapaz, statt. Der Film «[Agua la Sangre de la Tierra](#)», von Pepe Orozco Recinos, schildert die Geschichte von Bernardo und den Q'eqchi'. Beide Veranstaltungen sind kostenlos und finden auf Spanisch mit Deutscher Übersetzung statt. Der Film läuft auf Spanisch mit englischen Untertiteln.

Delegationsreise: Anfang Februar 2024 [reiste eine Delegation der Deutsch-Mittelamerikanischen Parlamentariergruppe nach Guatemala](#). Axel Echeverria (SPD), Matthias Hauer (CDU/CSU), Susanne Menge (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN), Jens Beeck (FDP) und Steffen Janich (AfD) waren Delegationsmitglieder. Im Rahmen der Besuchsreise organisierte Jotay, Partner des RTZA in Guatemala, [ein Treffen zum Austausch zwischen der Delegation und Vertreter*innen der guatemalteckischen Zivilgesellschaft](#).

5. Honduras

Gedenken an Berta Cáceres: Am 2. März laden die NaturFreunde Berlin und CADEHO zum [Gedenken an der Umweltaktivistin Berta Cáceres](#), 8 Jahre nach ihrer Ermordung. Der

[Subscribe](#)[Past Issues](#)[Translate ▼](#)[RSS](#)

Umwelt in Honduras ein. Wegen ihres Engagements wurde sie am 2. März 2016 in ihrem Haus von mehreren Bewaffneten ermordet.

Prozess von JOH: Im Februar begann der Prozess gegen den ehemaligen honduranischen Präsidenten Juan Orlando Hernández, der wegen Drogenhandels und Waffenbesitzes in den Vereinigten Staaten angeklagt ist. Das US-Justizministerium wirft Hernández vor, die Einfuhr von Tausenden Kilogramm Kokain in die Vereinigten Staaten erleichtert und den Erlös zur Finanzierung seines Wahlkampfes und Wahlbetrugs verwendet zu haben.

Während des Prozesses gestand der ehemalige Bürgermeister von El Paraíso, Copán, als Vermittler zwischen dem Anführer des Sinaloa-Kartells, Joaquín "El Chapo" Guzmán, und Juan Orlando Hernández gedient zu haben. Er erzählte auch, wie der Stimmenkauf in Copán funktionierte und erwähnte Abgeordnete und Bürgermeister, die noch im Amt sind.

Politik: Nach mehr als einem Jahr Konflikt wählte der honduranische Nationalkongress Johel Zelaya und Marcio Cabañas zum Generalstaatsanwalt und zum stellvertretenden Generalstaatsanwalt. Zelaya war im November letzten Jahres von acht Abgeordneten, die mehrheitlich der Regierungspartei Libertad y Refundación (Libre) angehörten, als Interimsstaatsanwalt ernannt worden. Marcio Cabañas wurde anstelle des ebenfalls im November eingesetzten Interimsstaatsanwalts Mario Morazán ernannt.
